

Wann sich Investitionen in Bildung lohnen

BERICHT von Daniela Glocker und Johanna Storck

Uni, Fachhochschule oder Ausbildung –
welche Fächer bringen die höchsten Löhne? 3

INTERVIEW mit Johanna Storck

»Bei den Ausbildungsberufen liegen die Löhne
näher beieinander« 9

BERICHT von Erika Schulz

Das deutsche Pflegesystem ist im EU-Vergleich
unterdurchschnittlich finanziert 10

AM AKTUELLEN RAND Kommentar von Alexander Kritikos

Eine Rückkehr zur Drachme
wird Griechenlands Probleme nicht lösen 20



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
79. Jahrgang
28. März 2012

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Susanne Marcus
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Ingrid Tucci
Kornelia Hagen

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
Susanne Marcus
Tel. +49-30-89789-250
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent/min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent/min.
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Jahresende

RÜCKBLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Das Sozialprodukt im vierten Quartal und im Jahre 1961

Auch für das gesamte erste Halbjahr 1962 kann nur mit einer Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts von 7 vH und bei Ausschaltung der Preisbewegung von 2,5 vH gerechnet werden.

Eine derartige Wachstumsverlangsamung trägt den Keim des Kumulativen in sich: Hand in Hand mit der Abschwächung der Investitionstätigkeit wird – mit oder ohne „moral suasion“ – bereits im weiteren Verlauf des Jahres eine Verminderung des Lohnauftriebs gehen, jedoch ohne die Wettbewerbslage der deutschen Wirtschaft dadurch so zu verbessern, daß von der Entwicklung der Ausfuhr eine erhebliche Entlastung zu erwarten wäre. Würde die Zunahme der Staatsausgaben – das Aktivum unter den Nachfragefaktoren – auch noch in den Kontraktionsprozeß einbezogen werden, der Staat also wegen der unvermeidlichen Verlangsamung in der Zunahme seiner Einnahmen zur Ausgabeneinschränkung übergehen, so wäre eine kumulative Ausbreitung der rezessiven Tendenzen unvermeidlich, die Zeit der erfolgreichen deutschen Wirtschaftspolitik vorbei. Bereits 1961 ist mit der Unterlassung durchgreifender Steuersenkungen konjunktur- wie fiskalpolitisch ein Fehler gemacht worden. Damals hätte der Abschwächung in der Investitionsneigung mit Erfolg durch eine Steuersenkung entgegengewirkt werden können und der freiwillige Einnahmeverzicht wäre nicht größer gewesen als der nunmehr (1961–1963) konjunkturell erzwungene Steuerausfall. Es bleibt zu hoffen, daß ein zweiter Fehler, nämlich der Versuch, im nächsten Jahr die öffentlichen Ausgaben dem nochmals schwächer werdenden Einnahmenezuwachs anzupassen, nicht erst gemacht wird. Die konjunkturelle Abschwächung würde damit nur verschärft, das gefürchtete Defizit im öffentlichen Haushalt infolge der dann noch rascher fallenden Einnahmen nicht verringert werden.

Wochenbericht Nr. 13 vom 30. März 1962

Uni, Fachhochschule oder Ausbildung – welche Fächer bringen die höchsten Löhne?

Von Daniela Glocker und Johanna Storck

Mit einem Universitätsabschluss können im Durchschnitt höhere Löhne erzielt werden als mit einem niedrigeren Abschluss. Auch das Risiko, arbeitslos zu sein, ist unter Akademikern geringer als für die Gesamtbevölkerung. Doch wie weit liegen die Löhne innerhalb eines Bildungsabschlusses (Universität, Fachhochschule, Ausbildung) auseinander? Und welche Fächer lohnen sich besonders im Hinblick auf die zu erwartenden Löhne? Dieser Beitrag untersucht die Verdienstmöglichkeiten einer Vielzahl von Studien- und Ausbildungsfächern. Zum einen werden die Löhne innerhalb eines Bildungsabschlusses miteinander verglichen, zum anderen auch die ähnlicher Fachrichtungen über die Qualifikationen hinweg. Ergebnis: Ein Studium lohnt sich in den meisten Fachrichtungen. In einigen Fächern kann aber auch mit einer beruflichen Ausbildung ein relativ hoher Lohn erreicht werden. Die höchsten Stundenlöhne werden in den klassischen Universitätsfächern Medizin, Betriebswirtschaftslehre und Jura erzielt. Aber auch in einigen Fächern der beruflichen Ausbildung, vorwiegend im kaufmännischen Bereich, können Abiturienten einen Lohn erwarten, der über dem Durchschnittslohn von Personen mit Abitur insgesamt liegt. Die technischen und naturwissenschaftlichen Fächer gehören, trotz des oft diskutierten Mangels an Absolventen, nicht zu den „Top“-Fächern hinsichtlich des zu erwartenden Lohns. Dies gilt insbesondere für Frauen.

Informationen darüber, wie sich das zu erwartende Einkommen je nach Fach und nach Bildungsabschluss unterscheidet, können Anstöße für die Wahl der Fachrichtung von Abiturienten sein. BildungsökonomInnen schätzen den Aufschlag auf den zu erwartenden Lohn, den ein zusätzliches Bildungsjahr im Durchschnitt bringt, für Deutschland auf sieben Prozent.¹ Verglichen mit Investitionen in Finanzkapital ist diese Rendite hoch. Wie sich jedoch die Löhne in verschiedenen Fachrichtungen unterscheiden, wie groß die Lohnspanne von Absolventen der gleichen Fachrichtung ist und welche Fächer zu den finanziell attraktivsten gehören, wurde bisher für Deutschland nur vereinzelt untersucht.²

Höchste Stundenlöhne erreichen Zahnmediziner und Mediziner

Auf der Basis der Daten des Mikrozensus wurden die Nettostundenlöhne für Männer und Frauen mit Abitur und unterschiedlichen weiteren Bildungsabschlüssen und Fachrichtungen berechnet (Kasten 1).³ Repräsentativ für alle untersuchten Fächer werden die Ergebnisse in einer Auswahl präsentiert. Der durchschnittliche Nettostundenlohn von Abiturienten nach der Ausbildung über das gesamte Erwerbsleben liegt bei zwölf Euro für Männer und neun Euro für Frauen.

¹ Boarini, R., Strauss, H. (2010): What is the Private Return to Tertiary Education? New Evidence from 21 OECD Countries. OECD Journal: Economic Studies, vol.: 2010; De la Fuenete, A., Jimeno, J.F. (2005): The Private and Fiscal returns to Schooling and the Effect of Public Policies on Private Incentives to Invest in Education: A General Framework and Some Results for the EU. Cesifo Working Paper, No. 1392; Steiner, V., Schmitz, S. (2010): Hohe Bildungsrenditen durch Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 5/2010.

² Zum Beispiel Wahrenburg, M., Weldi, M. (2007): Return on investment in higher education evidence for different subjects, degrees and gender in Germany. Discussion paper, Goethe Universität Frankfurt; oder Ammermüller A., Weber, A.M. (2005): Educational attainment and returns to education in Germany: an analysis by subject of degree, gender and region. ZEW Discussion Papers 05-17, ZEW-Zentrum für Sozialforschung.

³ Mikrozensus des Statistischen Bundesamts, Jahre 2005–2008.

Kasten 1

Daten und Methodik

Die DIW-Untersuchung stützt sich auf Daten des Mikrozensus der Jahre 2005 bis 2008. Seit 2005 werden sowohl Hochschulabsolventen als auch Absolventen einer beruflichen Ausbildung nach ihrem Fach gefragt. Diese Studie konzentriert sich auf Personen im Erwerbsalter von 21 bis 65 Jahren, die ein Abitur haben. Ihnen stehen alle drei Ausbildungswege (Universität, Fachhochschule und betriebliche Ausbildung) offen. Insgesamt wurden 69 Fächer für Männer und 65 Fächer für Frauen untersucht. Unsere Berechnungen basieren auf 190 133 Individuen.

Der Mikrozensus bietet sich als Datenquelle an, da durch die große Stichprobe (1% der Gesamtbevölkerung) gewährleistet ist, dass eine ausreichend große Personenzahl auch in Fächern beobachtet wird, die nicht zu den populärsten gehören.

Im Mikrozensus beobachten wir das Nettoeinkommen des vorangegangenen Monats der Person. Da nicht explizit nach dem Einkommen aus Erwerbstätigkeit gefragt wird, approximieren wir diese Art von Einkommen, indem wir Personen betrachten, die angeben, dass das Einkommen aus Erwerbstätigkeit ihre Haupteinnahmequelle ist.¹ Um zu berücksichtigen, dass die gearbeiteten Stunden sich nach Personen unterscheiden, insbesondere zwischen Vollzeit und Teilzeit arbeitenden Personen, werden auf Basis der individuellen Arbeitszeit im letzten Monat Stundenlöhne berechnet, um die unterschiedliche Arbeitszeit beziehungsweise Voll- oder Teilzeit zu berücksichtigen. Da das Einkommen in 24 Intervallen abgefragt wird, nehmen wir den Wert der Mitte jedes Intervalls für die Berechnung des Stundenlohns.

Um das Einkommen zu vergleichen, das eine Person je nach gewähltem Bildungsfach erwarten kann, betrachten wir die Rendite eines Fachs. Die Rendite gibt an, wie hoch der Stundenlohn eines Fachs im Vergleich zum durchschnittlichen Stundenlohn aller Abiturienten ist. Dazu müssen wir den Effekt, den ein bestimmtes Fach auf den Lohn hat, von dem Effekt trennen, den zum Beispiel das Level an Arbeitserfah-

rung, das Geschlecht und andere persönliche Charakteristika auf den Lohn haben.

Der durchschnittliche Stundenlohn wird nach dem Ansatz von Mincer (1974) berechnet.² Dieser basiert auf der Annahme, dass Löhne vor allem vom Alter und dem Bildungsgrad abhängen. In unserem Fall wird der Standardansatz leicht verändert, um nicht nur den Bildungsgrad, sondern auch das Bildungsfach zu berücksichtigen. Weiterhin werden die Löhne für Männer und Frauen getrennt geschätzt.

Die Schätzung der Löhne ermöglicht es uns zudem, die Rendite eines Fachs frei von (beobachtbaren) individuellen Einflüssen zu berechnen. Da die unterschiedlichen Ausbildungsgänge sich in ihrer Dauer unterscheiden, wirkt sich dies auf die Dauer der Erwerbstätigkeit aus. So haben Akademiker zum Beispiel im Durchschnitt einen höheren Lohn, jedoch auch eine kürzere Erwerbstätigkeitsphase. Dies berücksichtigen wir sowohl durch die Modellierung fachspezifischer Erwerbsprofile, als auch in der Berechnung eines durchschnittlichen Stundenlohns über die maximal mögliche Erwerbsphase. Hierzu werden die Stundenlöhne in jedem Alter aufsummiert und mit der maximal möglichen Erwerbsdauer (44 Jahre) in Relation gesetzt.³

Löhne variieren nicht nur zwischen Fächern, sondern auch innerhalb eines Fachs. Dadurch, dass die Löhne auf Basis beobachtbarer Charakteristika geschätzt werden, kann die Variation, die durch persönliche Charakteristika entsteht, zum Beispiel dadurch, dass sich Löhne nach Regionen oder Bundesländern unterscheiden, von Faktoren getrennt werden, die fach- oder berufsspezifisch sind. So sind einige Fächer zum Beispiel mit vielfältigeren Berufstätigkeiten verbunden und damit auch mit einer größeren Lohnspanne. Der Teil des Lohns, der in der Lohnschätzung weder durch das absolvierte Fach noch durch persönliche Charakteristika erklärt werden kann, wird als Berechnungsgrundlage für das fachspezifische Lohnrisiko genutzt.

¹ Weitere Einkommensquellen wären zum Beispiel Einkommen aus Kapitalanlagen, Mieteinnahmen oder auch Sozialtransfers.

² Mincer, J. (1974): *Schooling, Experience, and Earnings*. New York.

³ Erwerbsdauer: Pensionsalter (65 Jahre) abzüglich des frühesten möglichen Einstiegs in den Arbeitsmarkt mit qualifizierendem Abschluss (21 Jahre).

Es überrascht nicht, dass die Universitätsfächer die höchsten Stundenlöhne aufweisen (Tabellen 1 und 2). Trotz Berücksichtigung der kürzeren Ausbildungsdauer in der beruflichen Ausbildung sind die Stundenlöhne hier im Schnitt geringer als nach Abschluss einer akademischen Ausbildung.

Männer und Frauen erreichen den höchsten Stundenlohn in den Universitätsfächern Zahnmedizin und Medizin. Schaut man sich die Stundenlöhne von Männern an, folgen auf die medizinischen Fächer die klassischen Universitätsfächer Betriebswirtschaftslehre und Jura sowie Wirtschaftsingenieurwesen (Uni). Frauen erreichen

Tabelle 1

Erwarteter Netto-Stundenlohn von Männern
In Euro

	Abschluss ¹	Stundenlohn	Rang ²
Zahnmedizin	Uni	19,33	1
Medizin	Uni	17,77	2
Betriebswirtschaftslehre	Uni	16,58	3
Jura	Uni	15,86	4
Wirtschaftsingenieurwesen	Uni	15,00	5
Volkswirtschaftslehre	Uni	14,57	6
Betriebswirtschaftslehre	FH	14,14	8
Informatik	Uni	14,06	9
Maschinenbau	Uni	13,81	12
Mathematik	Uni	13,71	14
Verwaltungswissenschaften	FH	13,36	17
Maschinenbau	FH	13,28	18
Informatik	FH	12,81	21
Lehramt	Uni	12,19	28
Mathematik	FH	12,02	31
Betriebswirtschaft	bAusb	11,36	35
Öffentliche Sicherheit	bAusb	11,25	36
Marketing und Werbung	bAusb	10,99	40
Chemielaborant	bAusb	9,81	53
Sozialarbeit	Uni	8,90	64
Medien	bAusb	8,72	65
Körperpflege	bAusb	8,47	66
Krankenpflege	bAusb	8,36	67
Hoch-, Tiefbau	bAusb	8,17	68
Sozialarbeit	bAusb	8,16	69

1 Uni: Universität, FH: Fachhochschule, bAusb: berufliche Ausbildung.
2 Rang des Stundenlohns innerhalb der 69 analysierten Fächer.

Quellen: Mikrozensus, Jahre 2005–2008; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Nicht alle Universitätsabschlüsse führen auch zu den höchsten Stundenlöhnen. BWL an der Fachhochschule liegt immerhin auf Rang 8.

mit Abschluss eines Lehramtsstudiums einen höheren Lohn als mit Abschluss eines BWL-Studiums. Anstelle des Wirtschaftsingenieurwesens nehmen bei ihnen Verwaltungswissenschaften (FH) den fünften Platz in der Rangliste ein.

Keine klare Rangfolge innerhalb der akademischen Abschlüsse

Vergleicht man nur akademische Fächer, so zeigt sich keine klare Rangfolge der Löhne entsprechend der unterschiedlichen Qualifikationen. Insbesondere in den technischen Fächern kann mit einem Fachhochschulstudium ein ähnlich hoher Lohn wie mit einem Universitätsstudium erzielt werden. Den geringsten Stundenlohn mit einem akademischen Abschluss erreichen Männer in den Fächern Sozialarbeit (Uni und FH), Geschichte, Regionalwissenschaften (Uni) und Architek-

Tabelle 2

Erwarteter Netto-Stundenlohn von Frauen
In Euro

	Abschluss ¹	Stundenlohn	Rang ²
Zahnmedizin	Uni	15,50	1
Medizin	Uni	13,36	2
Jura	Uni	12,55	3
Lehramt	Uni	11,51	4
Verwaltungswissenschaften	FH	10,80	5
Betriebswirtschaftslehre	Uni	10,00	8
Mathematik	Uni	9,81	11
Marketing und Werbung	bAusb	9,54	16
Betriebswirtschaftslehre	FH	9,43	18
Volkswirtschaftslehre	Uni	9,41	19
Informatik	Uni	9,32	20
Informatik	FH	9,29	21
Maschinenbau	Uni	9,22	22
Öffentliche Sicherheit	bAusb	8,91	26
Sozialarbeit	Uni	8,10	38
Chemielaborant	bAusb	7,97	40
Betriebswirtschaft	bAusb	7,81	41
Medien	bAusb	7,79	44
Maschinenbau	FH	7,78	45
Mathematik	FH	7,72	46
Architektur	FH	6,71	61
Zahnmedizin	bAusb	6,59	62
Feinwerkmechanik	bAusb	6,53	63
Textil	bAusb	5,99	64
Körperpflege	bAusb	5,55	65

1 Uni: Universität, FH: Fachhochschule, bAusb: berufliche Ausbildung.
2 Rang des Stundenlohns innerhalb der 65 analysierten Fächer.

Quellen: Mikrozensus, Jahre 2005–2008; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Mit einer beruflichen Ausbildung in Marketing und Werbung erreichen Frauen Rang 16 der Stundenlöhne von Frauen.

tur (FH). Frauen verdienen am wenigsten mit einem Abschluss in den Fächern Architektur (FH), Bauingenieur (FH und Uni), Mathematik (FH) und Maschinenbau (FH).

Angesichts dieser Lohnunterschiede nach Geschlecht überrascht es kaum, dass der Anteil an Männern in der Sozialarbeit gering ist, während Frauen noch immer schwach in den Ingenieurwissenschaften vertreten sind. Im Jahr 2009 begannen 11 334 Frauen ein Studium der Sozialen Arbeit, während es nur 3 151 Männer waren. Im gleichen Jahr schrieben sich 41 122 männliche Studienanfänger für Maschinenbau ein. Dem gegenüber stehen lediglich 4 546 Frauen.⁴ So könnte

⁴ Zahlen zu den Studienanfängern berufen sich auf das Jahr 2009, Winter- und Sommersemester. Quelle: Statistisches Bundesamt.

Kasten 2

Bildung als Investition

In der klassischen Humankapitaltheorie¹ wird Bildung als Investition betrachtet. Die Höhe der Investition wird zum einen durch den entgangenen Lohn während der Ausbildung bemessen sowie durch direkte Kosten wie Studiengebühren. Bildung führt nach Abschluss der Bildungsphase zu höherer Produktivität. Diese wird mit höheren Löhnen belohnt. Die Rendite der Bildungsinvestition ist dann der Aufschlag auf den Lohn, den ein zusätzliches Bildungsjahr oder ein höherer Abschluss bringt.

Während Bildung in der traditionellen Theorie als homogenes Anlagegut betrachtet wird, unterscheiden wir in dieser Studie zwischen mehreren Anlagegütern – ähnlich wie unterschiedliche Finanzanlagen. Bei der Bewertung von Investitionen in Finanzanlagen spielen nicht nur die erwarteten Renditen eine Rolle, sondern auch das Risiko, das mit den Renditen verbun-

¹ Becker, G. (1964): Human Capital: A theoretical and empirical analysis, with special reference to education. New York, 3rd edition.

den ist. Investoren möchten vor ihrer Investitionsentscheidung nicht nur über die zu erwartende Rendite informiert sein, sondern auch über das Risiko. Das Risiko beinhaltet zum einen das Ausfallrisiko, aber auch die Schwankung der Rendite zum Beispiel durch veränderte Aktienkurse.

Auch für die Investition in Bildung sind Informationen über erwartete Rendite und Risiken wichtig. Die Rendite gibt in unserem Fall an, um wie viel der erwartete Stundenlohn in einem Fach den durchschnittlichen Lohn übersteigt. Ob dieser Aufschlag auch tatsächlich erreicht werden kann, ist jedoch unsicher. Diese Unsicherheit hängt zum einen davon ab, wie hoch die Arbeitslosigkeit unter Absolventen einer Fachrichtung ist, also die Wahrscheinlichkeit, keinen Lohn zu erhalten. Zum anderen hängt die Unsicherheit mit der Spannweite der Löhne zusammen: Wie stark variieren die Löhne unter Personen mit einem Abschluss im selben Fach? Beides wird hier als Lohnrisiko betrachtet. Ein Fach mit hoher Rendite bei vergleichsweise geringem Lohnrisiko wird als finanziell attraktiv bewertet.

ein Teil der geschlechterspezifischen Fächerwahl auch auf Unterschiede in den erwarteten Löhnen zurückgeführt werden.

Studium oder Ausbildung: Entscheidend ist die Fachrichtung

Dass mit einem Studium ein höherer Lohn erzielt wird als mit einer beruflichen Ausbildung, gilt nicht für alle Fächer. Männer können insbesondere als Versicherungskaufmann oder in der Buchhaltung relativ hohe Stundenlöhne erzielen. Die Löhne übersteigen zum Beispiel die eines Lehramtsabsolventen, eines Absolventen der Geisteswissenschaften oder auch einiger ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächer (MINT-Fächer). Bei technischen Fächern allerdings, zum Beispiel im Bereich Feinmechanik, Maschinenbau, Hoch- und Tiefbau, schneiden Bereiche der beruflichen Ausbildung sehr viel schlechter ab als eine akademische Qualifizierung in einem ähnlichen technischen Bereich. Ob ein Hochschulstudium also tatsächlich einen finanziellen Vorteil bringt, hängt stark vom gewählten Fach ab. Es gibt Fächer der beruflichen Ausbildung, in denen ein überdurchschnittlicher Lohn erwartet werden kann, es gibt aber auch akademische Fächer, in denen ein unterdurchschnittlicher Lohn erzielt werden kann.

Zu den Fächern der beruflichen Ausbildung mit überdurchschnittlichem Einkommen gehören für Männer das Rechnungswesen, der Transport sowie Versicherungen und Finanzen. Mit einem Studium zum Beispiel der Architektur, des Bauingenieurwesens (FH), der Erziehungswissenschaften, der Sozialarbeit, der Politikwissenschaft sowie der geisteswissenschaftlichen Fächer wird ein unterdurchschnittlicher Lohn erzielt. Frauen erreichen mit einer beruflichen Ausbildung dagegen einen Stundenlohn, der über dem Durchschnitt aller Abiturientinnen liegt, in den Bereichen Informatik, Marketing und Werbung, Öffentliche Sicherheit, Medizinische Dienste, Versicherung und Finanzen, Fremdsprachen und Transporttechnik. Unterdurchschnittlich wird dagegen in den akademischen Fächern Regionalwissenschaften, Erziehungswissenschaften, Sozialarbeit, Maschinenbau, Mathematik und Bauingenieurwesen verdient.

Die Lohnspanne ist bei Fächern der beruflichen Ausbildung geringer

Um die finanzielle Attraktivität eines Fachs zu bewerten, sollte auch das Risiko einbezogen werden (Kasten 2). Das Risiko beinhaltet die Spannweite der Einkommen innerhalb eines Fachs sowie die fachspezifische Arbeitslosenquote. Das Risiko haben wir in Relation zur durchschnittlichen Rendite in einem Fach betrach-

tet (Abbildungen 1 und 2). So ist etwa die Rendite eines Zahnarztes positiv – sein Stundenlohn liegt im Durchschnitt knapp acht Euro höher als der durchschnittliche Stundenlohn von zwölf Euro. Der Nettostundenlohn einer Zahnärztin ist um sieben Euro höher als der Durchschnitt (neun Euro).

Die hohen Renditen in den Universitätsfächern sind tendenziell mit einem höheren Risiko verbunden als in Fächern der Fachhochschule oder der beruflichen Ausbildung. Obwohl die Arbeitslosigkeit – und damit die Wahrscheinlichkeit, keinen Lohn zu erhalten – unter den Absolventen einer beruflichen Ausbildung höher ist als unter Akademikern, ist die Lohnspanne bei den Fächern der beruflichen Ausbildung geringer. Dies kann zum Beispiel damit zusammenhängen, dass Absolventen einer beruflichen Ausbildung eher in ihrem gelernten Beruf arbeiten, während akademische Abschlüsse oft mit einer breiteren Palette an beruflichen Tätigkeiten einhergehen. Auch innerhalb der akademischen Fächer und bei gleichen Renditen unterscheiden sich die Lohnrisiken. Während sich die Renditen eines VWL-Studiums (Uni) und eines BWL-Studiums (FH) für Männer ähneln, unterscheidet sich das Risiko stark. Will man also das Lohnrisiko meiden, ist ein BWL-Studium an der FH einem VWL-Studium an der Universität vorzuziehen.

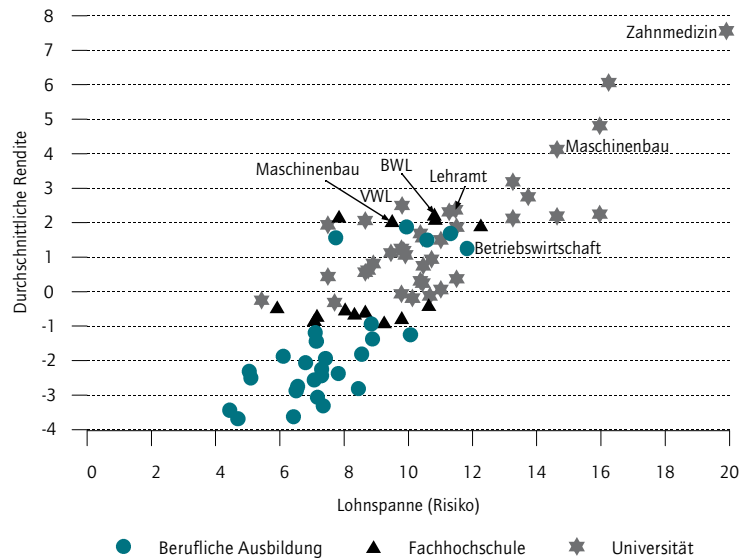
Für Frauen ist das Lehramtsstudium eine rentable Bildungsanlage. Bei einem mittleren Risiko kann eine Rendite erwartet werden, die nur von den medizinischen Fächern und Jura übertroffen wird. Die meisten MINT-Fächer liegen mit ihrer Rendite – bei ähnlichem Lohnrisiko – unterhalb derer vieler anderer Fächer. Dies weist darauf hin, dass sich, zumindest in dem von uns betrachteten Zeitraum, ein möglicher Fachkräftemangel noch nicht in Form von besseren Verdienstmöglichkeiten niedergeschlagen hat.

Fazit

Die Analyse des DIW Berlin auf Basis der Daten des Mikrozensus zeigt, dass sich die Rendite und die Streuung der Renditen nicht nur zwischen verschiedenen Bildungsabschlüssen stark unterscheiden, sondern auch unter den Personen mit gleichem Bildungsabschluss. Während Studien zur Bildungsrendite immer wieder den Nutzen eines akademischen Abschlusses hervorheben, zeigt sich hier, dass dies nicht für alle Fachrichtungen gilt. Innerhalb eines Abschlusses variieren die Löhne und das Lohnrisiko stark. Insbesondere die medizinischen Fächer, Wirtschaftswissenschaften und Jura sind finanziell sehr attraktiv – hier lohnt sich das Studium tatsächlich. Für Frauen gehört auch das Lehramtsstudium zu den finanziell attraktiveren Fächern. Allerdings zählen auch einige Fächer der beruflichen Ausbildung –

Abbildung 1

Rendite und Lohnspanne für Männer



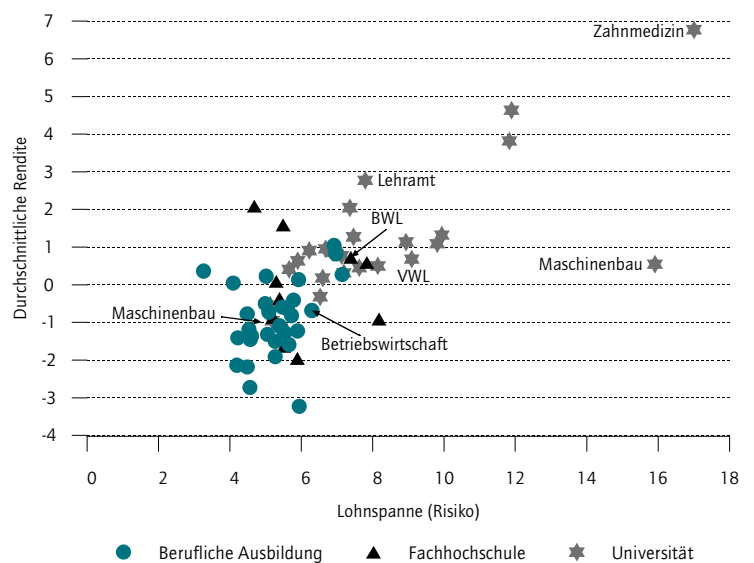
Quellen: Mikrozensus, Jahre 2005–2008; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Höhere Abschlüsse sind tendenziell mit einer höheren Lohnspanne verbunden.

Abbildung 2

Rendite und Lohnspanne für Frauen



Quellen: Mikrozensus, Jahre 2005–2008; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Lehramt ist bei relativ hohem Lohn und durchschnittlichem Risiko eines der finanziell attraktivsten Fächer für Frauen.

zum Beispiel im Bereich Informatik oder Versicherungen – zu den Fächern mit einem Stundenlohn, der über dem von Personen mit Abitur insgesamt liegt.

Es überrascht nicht, dass Frauen in den Lehramtsfächern aber auch in der Sozialarbeit stärker vertreten sind als Männer, da diese Fächer im Vergleich finanziell rentabler sind. Während das Lehramtsstudium für Frauen eine der attraktivsten Investitionen in Bildung darstellt, schneidet das gleiche Fach bei den Männern bezüglich Stundenlohn und Risiko eher schlecht ab. Ähnliches gilt für Sozialarbeit. Auch die Tatsache, dass Frauen weniger häufig ingenieurwissenschaftliche Fächer wählen, kann zumindest teilweise mit der finanziellen (Un-)Attraktivität dieser Berufe für Frauen – im Unterschied zu Männern – erklärt werden. Zahlreiche Maßnahmen von Politik und Wirtschaft zielen darauf ab, mehr Frauen in diese bislang stark von Männern dominierten Berufe zu bringen. Der Erfolg dieser Maßnahmen hängt allerdings auch davon ab, ob es gelingt, hier mehr Chancengleichheit und damit bessere Verdienstmöglichkeiten für Frauen zu erreichen.

Die Ergebnisse unserer Studie zeigen, dass sich Fächer in ihrer finanziellen Attraktivität unterscheiden. Dies liefert Anhaltspunkte für bildungspolitische Empfeh-

lungen. Zum einen wird die Ist-Situation auf dem Arbeitsmarkt deutlich und Fächer mit verstärkter Arbeitsnachfrage, die sich in hohen Löhnen bei geringem Lohnrisiko widerspiegeln, können identifiziert werden. Wird etwa aufgrund von demographischen Entwicklungen ein Mangel an Absolventen in einem derzeit finanziell unattraktiven Fach befürchtet, können bildungspolitische Maßnahmen direkt bei der Vergütung der Ausbildung dieser Fächer ansetzen. Zum Beispiel mit speziellen Stipendien für Fächer, für die auf dem Arbeitsmarkt eine große Nachfrage erwartet wird.

Im Hinblick darauf, dass die ingenieurwissenschaftlichen Fächer trotz des oft diskutierten Mangels an Fachkräften in diesem Bereich nicht zu den „Top“-Fächern gehören, könnte der Anteil der Studenten in diesen Fächern mit Lohnanreizen gesteigert werden. Für Männer gehört, bezogen auf die ingenieurwissenschaftlichen Fächer, nur das Fach Wirtschaftsingenieurwesen zu den obersten zehn bezüglich des Stundenlohns. Für Frauen schafft es keines der ingenieurwissenschaftlichen Fächer unter die Top 10. Will man den Anteil an Frauen zum Beispiel in den ingenieurwissenschaftlichen Fächern erhöhen, sollte also vor allem auch an den Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen in diesen Fächern angesetzt werden.

Daniela Glocker ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Center for Economic Performance an der London School of Economics | D.Glocker@lse.ac.uk

Johanna Storck ist Doktorandin in der Abteilung Staat am DIW Berlin | jstorck@diw.de

JEL: I21, J24

Keywords: Educational Choice, Human Capital Investment, Returns to Schooling



Johanna Storck
Doktorandin in der Abteilung Staat am
DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN JOHANNA STORCK

»Bei den Ausbildungsberufen liegen die Löhne näher beieinander«

1. Frau Storck, im Allgemeinen geht man davon aus, dass Akademiker im Durchschnitt mehr verdienen als Personen mit einer Berufsausbildung. Können Sie das bestätigen? *Generell kann ich bestätigen, dass man mit einem Studium ein höheres Einkommen erzielen kann, aber es gibt auch einige Ausbildungsfächer, vor allem betriebswirtschaftliche, wo auch in einem Ausbildungsberuf ein relativ hoher Lohn erzielt werden kann.*
2. Wie unterscheiden sich die Verdienstmöglichkeiten innerhalb eines Bildungsabschlusses? *Vor allem in den klassischen Universitätsfächern Medizin, BWL oder Jura liegen die Einkommen um einiges über dem Durchschnitt aller Abiturienten. Der durchschnittliche Stundenlohn liegt bei männlichen Abiturienten bei etwa zwölf Euro. Ein Absolvent der Zahnmedizin kann zum Beispiel einen Lohnaufschlag von acht Euro pro Stunde erwarten, während in anderen Fächern etwa im Maschinenbau nur ein durchschnittliches Einkommen erzielt wird. Bei den Ausbildungsberufen liegen die Löhne näher beieinander, obwohl es auch hier einige Berufe gibt, in denen man überdurchschnittlich verdient.*
3. Bei welchen Akademikerberufen sind die Verdienstmöglichkeiten schlechter als in Ausbildungsberufen? *Bei Fächern wie Sozialarbeit oder auch beim Lehramt sind die Verdienstmöglichkeiten der Männer zum Teil niedriger als in einigen Ausbildungsberufen. So kann in einem Ausbildungsberuf der Betriebswirtschaft, zum Beispiel im Bankenbereich, mehr verdient werden. In den Ausbildungsberufen haben Frauen sehr gute Lohnaussichten bei einer Ausbildung im Marketing oder in der Werbung und können dort einen höheren Lohn erzielen als zum Beispiel auch nach einem Universitätsstudium der Sozialarbeit.*
4. Wie unterscheiden sich Ihre Ergebnisse für Frauen und Männer? *Wir haben herausgefunden, dass es sehr große Unterschiede in der Rangfolge der Verdienstmöglichkeiten*

keiten für Männer und Frauen gibt. Zum Beispiel ist das Lehramtsstudium für Frauen attraktiver als für Männer, während das gleiche Fach bei den Männern weit unten in der Rangfolge der Löhne zu finden ist.

5. Gerade für die so genannten MINT-Fächer – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – wird oft ein Mangel an Fachkräften beklagt. Schlägt sich das in den zu erwartenden Verdienstmöglichkeiten nieder? *Diesen Mangel an Fachkräften im MINT-Bereich erkennen wir in unseren Ergebnissen nicht. Für die Jahre bis 2008 sind die Löhne in den MINT-Fächern nicht besonders hoch. In anderen Fächern, etwa in den Sozialwissenschaften, kann immer noch ein höherer Lohn mit geringerem Risiko erreicht werden. Einen Fachkräftemangel im MINT-Bereich können wir daher nicht bestätigen, weil sich dieser eigentlich im Lohn niederschlagen sollte.*
6. Welche Bedeutung haben Ihre Ergebnisse für die Bildungspolitik? *Zunächst einmal ist es wichtig, dass die angehenden Studenten oder Auszubildenden diese Informationen haben, um entscheiden zu können, ob sie ein Studium oder eine Ausbildung vorziehen. In Fächern, bei denen die Löhne hoch und das Einkommensrisiko gering ist, kann man davon ausgehen, dass es auch eine hohe Nachfrage am Arbeitsmarkt gibt. Allerdings stehen zum Beispiel die ingenieurwissenschaftlichen Fächer in der Rangliste der finanziell attraktiven Fachrichtungen nicht besonders hoch, obwohl hier häufig ein Mangel an Fachkräften beklagt wird. Wenn man aber in einem Fachgebiet, das derzeit finanziell weniger attraktiv ist, tatsächlich in Zukunft einen Mangel befürchtet, könnte man zum Beispiel mit speziellen Stipendien mehr Studenten für diese Fächer interessieren..*

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Das deutsche Pflegesystem ist im EU-Vergleich unterdurchschnittlich finanziert

Von Erika Schulz

In Europa steigt die Zahl der Hochbetagten drastisch an. Viele von ihnen sind längerfristig in den Aktivitäten des täglichen Lebens eingeschränkt und auf Pflege durch Familienangehörige oder professionelle Dienste angewiesen. Wie wird die Pflege in Europa organisiert und finanziert? In welchem Verhältnis steht die informelle Pflege durch Familienangehörige zur formellen Pflege durch ambulante Pflegedienste oder Pflegeheime? Wie wird die Qualität sichergestellt? Und wie steht das deutsche Pflegesystem im europäischen Vergleich da? Zum Vergleich der europäischen Pflegesysteme wurden zwei Klassifikationen vorgenommen. Ergebnis: In fast allen der 21 untersuchten EU-Mitgliedstaaten besteht ein gesetzlicher Anspruch auf öffentliche Pflegeleistungen und die Dienstleister können frei gewählt werden. Unterschiede gibt es indes in der Organisation der Leistungsgewährung sowie bei der finanziellen Ausstattung. Das deutsche Pflegesystem schneidet verhältnismäßig gut ab – trotz unterdurchschnittlicher Finanzierung. Die Gründe: In Deutschland ist das Pflegerisiko bewusst als Teilkaskoversicherung abgesichert: Lediglich Personen mit erheblichem Pflegebedarf können Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen. Und selbst dann sind häufig noch hohe private Zuzahlungen nötig. Bei stationären Pflegeleistungen beispielsweise beträgt der Eigenkostenanteil in Deutschland über 50 Prozent. In anderen europäischen Ländern ist dieser Anteil nicht nur deutlich niedriger, sondern es werden – etwa in Dänemark oder Finnland – bereits bei geringfügiger Pflegebedürftigkeit Leistungen gewährt, oftmals auch, wenn lediglich Hilfe bei den hauswirtschaftlichen Tätigkeiten benötigt wird.

Angesichts steigender Lebenserwartungen und niedriger Geburtenraten sehen sich alle europäischen Länder dem gleichen demographischen Trend gegenüber: Die Bevölkerung altert mit einer drastischen Zunahme der Zahl Hochbetagter. Anfang 2010 waren 17 Prozent der Bevölkerung in der EU 65 Jahre und älter, dies entspricht rund 87 Millionen Personen, darunter waren 23 Millionen Personen im Alter von 80 Jahren und älter.¹ Die Zahl der Personen mit längerfristigen Einschränkungen in den Aktivitäten des täglichen Lebens belief sich auf rund 35 Millionen.² Davon waren rund 18,6 Millionen stark in ihren Aktivitäten eingeschränkt.³ Diese Personen sind oftmals auf Hilfe und Pflege durch Familienangehörige oder professionelle Dienste angewiesen. Zusammen genommen, lassen diese Entwicklungen einen zunehmenden Bedarf an finanzieller und personeller Absicherung des sozialen Risikos Pflege erwarten.

Die Pflegesysteme und deren Ausgestaltung von 21 EU-Mitgliedstaaten sind Untersuchungsgegenstand des Forschungsprojekts *Assessing Needs of Care in European Nations (ANCIEN)*.⁴ Zentrale Fragen dabei sind: Wie wird das Risiko Pflege in den einzelnen Mitgliedstaaten abgedeckt? Wie ist die Pflege organisiert und finanziert? Wie ist das Verhältnis von informeller Pflege durch Familienangehörige und formeller Pflege durch ambulante Pflegedienste oder Pflegeheime? Wie wird die Qualität der Pflege sichergestellt? In diesem Wo-

1 Eurostat (2012): Bevölkerungsstatistik. epp.eurostat.ec.europa.eu.

2 Dies entspricht der Definition von Pflegebedürftigkeit, die beispielsweise für Deutschland im SGB XI, benutzt wird.

3 Berechnungen des DIW Berlin auf Grundlage von EU SILC und Bevölkerungsstatistik von Eurostat.

4 Das Projekt „Assessing Needs of Care in European Nations“ (ANCIEN) ist gefördert durch die Europäische Kommission im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogrammes (FP 7 Health-2007-3.2.2, Grant no. 223483). Beteiligte Institutionen: CASE Poland, CEPS Belgium, CPB The Netherlands, DIW Berlin Germany, ETLA Finland, FEDEA Spain, FPB Belgium, IER Slovenia, HIS Austria, ISAE Italy, KI Sweden, LEGOS France, LSE-PSSRU UK, PRAXIS Estonia, SAS BIER Slovakia, SU Sweden und TARKI Hungary. Weitere Informationen zum Projekt sind erhältlich unter www.ancien-longtermcare.eu.

chenbericht werden erste Ergebnisse dieser Untersuchung vorgestellt.⁵

In den meisten Ländern besteht ein gesetzlicher Anspruch auf öffentliche Pflegeleistungen

Die 21 in die Klassifizierung 1 einbezogenen EU-Staaten unterscheiden sich deutlich in der Organisation der Leistungsgewährung. Während in manchen Ländern ein rechtlicher Anspruch auf Pflegeleistungen besteht, ist die Bewilligung in anderen Ländern einkommensabhängig. Einige Staaten gewähren vor allem Geld- andere Sachleistungen. Deutliche Unterschiede gibt es auch im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung. Auf Grundlage der zusammengefassten Werte für die einzelnen Ausprägungen der Variablen wurden vier Cluster identifiziert (Abbildung 1).

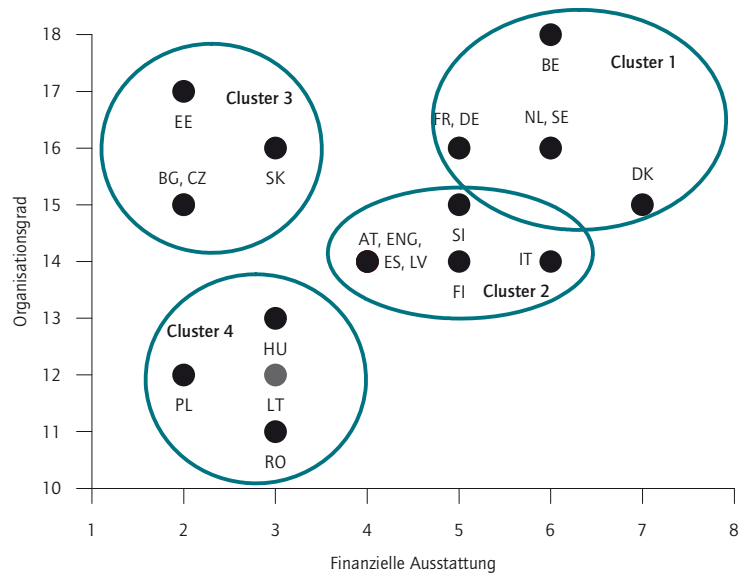
Cluster 1 zeichnet sich durch einen hohen Organisationsgrad und eine relativ gute finanzielle Ausstattung aus. Hierzu gehört Deutschland sowie Belgien, Frankreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden. Positiv an den Pflegesystemen dieser Länder ist aus der Sicht der Pflegebedürftigen, dass die Gewährung von Leistungen nicht vom Einkommen abhängt und ein rechtlicher Anspruch auf Leistungsgewährung besteht. Ebenso positiv sind die freie Wahl des Leistungsanbieters und die Existenz eines verpflichtenden Qualitätssicherungssystems. In diesen Ländern werden die finanzielle Ausstattung und die Koordination zwischen dem Pflege- und dem Gesundheits- und Sozialbereich insgesamt relativ gut bewertet.

Cluster 2 zeichnet sich durch unterschiedliche Ausprägungen in Bezug auf die Leistungsgewährung und eine eher moderate finanzielle Ausstattung aus, kann jedoch insgesamt aus Sicht der Pflegebedürftigen noch als zufriedenstellend bezeichnet werden. Hierzu gehören die Länder Slowenien, Finnland, Österreich, Lettland, Spanien, Italien und England. In dieser Gruppe besteht die Wahl zwischen Geld- und Sachleistungen und auch die freie Wahl der Anbieter ist gewährleistet, aber es gibt Unterschiede in der Einkommensabhängigkeit der Leistungsgewährung und der Existenz eines verpflichtenden Qualitätssicherungssystems. In dieser Gruppe haben die Länder mit einkommensabhängigem Leistungsbezug ein verpflichtendes Qualitätssicherungssystem und umgekehrt weisen die Länder ohne verpflichtende Qualitätssicherung eine einkommensunabhängige

Abbildung 1

Typologie europäischer Pflegesysteme

Ansatz 1



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Leistungsgewährung auf. Koordination und finanzielle Ausstattung sind mittelmäßig.

Cluster 3 hat bei den Organisationsvariablen ähnliche Ausprägungen wie *Cluster 1*, aber die finanzielle Ausstattung ist gering. Zudem besteht nur eine geringe oder schlechte Koordination zwischen dem Pflegesystem und dem Gesundheits- und Sozialbereich. Hierzu gehören die Länder Bulgarien, Tschechien, Estland und die Slowakei.

Cluster 4 weist relativ geringe Werte im Bereich der Organisationsvariablen gepaart mit einer geringen finanziellen Ausstattung auf. Länder aus diesem Cluster schneiden aus der Sicht der Pflegebedürftigen am schlechtesten ab. Hierzu gehören Rumänien, Litauen, Ungarn und auch Polen.

Insgesamt ist die gesetzliche Verankerung von Ansprüchen auf Pflegeleistungen sowie die freie Wahl der Anbieter in fast allen einbezogenen Ländern vorhanden. Auch die Koordination mit den Bereichen des Gesundheitswesens sowie den sozialen Diensten ist größtenteils gut bis zufriedenstellend geregelt. Unterschiede ergeben sich vor allem in der Einkommensabhängigkeit der Leistungsgewährung und der finanziellen Ausstattung. Im Vergleich weisen westeuropäische Staaten eher ein nutzerfreundliches Pflegesystem mit einer bes-

⁵ Kraus, M., Riedel, M., Mot, E., Willemé, P., Röhring, G., Czipionka, T. (2010): A typology of systems of Long-Term Care in Europe. Results of Work Package 1 of the ANCIEN Project, www.ancien-longtermcare.eu.

Kasten

Untersuchungsmethode und -fragen

Von Experten aus insgesamt 17 Forschungsinstituten wurden für 21 EU-Mitgliedstaaten detaillierte Informationen zum System der Pflege zusammengestellt. Dazu wurde ein von der Forschungsgruppe entwickelter standardisierter Fragebogen mit umfassenden Fragen zum Pflegesystem durch Länderexperten fundiert. Die Beantwortung stützte sich auf offizielle Dokumente, Gesetze und Statistiken sowie auf nationale Studien, nicht veröffentlichte Unterlagen, Auskünfte von Behörden und von anderen Stakeholdern. Um vergleichbare Daten zu erhalten, wurde ein Set von Definitionen zu verschiedenen Aspekten der Pflege (zum Beispiel für den Begriff „Langzeitpflege“) vorgegeben.¹ Auf dieser Grundlage wurden Informationen erhoben

- zur Organisationsstruktur (Zuständigkeit, rechtliche Regelungen, Bereitstellung von Leistungen, Monitoring, Koordination des Pflegebereichs und den Gesundheits- und Sozialdiensten),
- zur Finanzierung, zu den erbrachten Geld- und/oder Sachleistungen, zu den Zugangsbedingungen zu öffentlich finanzierten Pflegeleistungen,
- zu den Pflegebedürftigen,
- zur Versorgungsstruktur (Pflege in Heimen, zu Hause durch informelle Pflegekräfte, durch ambulante Pflegedienste),
- zum Umfang und zur Qualität der Versorgung.

¹ Vgl. zu den Definitionen: Kraus et al (2010), 8.

Zudem wurde danach gefragt, welche Ziele und Reformbestrebungen die Politik im Bereich der Pflege der jeweiligen Länder verfolgt.

Zur Organisation und Finanzierung konnten die nationalen Experten Informationen für alle einbezogenen Länder ermitteln. Auf dieser Grundlage erfolgte eine Klassifizierung der Pflegesysteme. Daten hingegen über die informellen und formellen Pflegeangebote sowie über die Inanspruchnahme dieser Angebote, ließen sich nur für 14 der 21 untersuchten Länder gewinnen. Für diese Länder wurde eine weitere Klassifizierung vorgenommen.

Klassifizierung 1:

Fokus auf die Organisation der Pflegesysteme

Ziel der ersten Klassifizierung war es, alle 21 Länder zu betrachten. Dafür wurden über die Organisation und Finanzierung der Pflegesysteme Variablen ermittelt, deren Ausprägungen „ja“ oder „nein“ annehmen konnten. Differenziert wurde dabei jeweils nach der Art des Pflegearrangements (zu Hause durch Familienangehörige oder Pflegedienste, in Heimen). Diese Informationen wurden von den Länderexperten entlang der Bedürfnisse der Pflegebedürftigen nach einem einheitlichen System ausge- und bewertet. Dabei wurden für die Organisationsvariablen die Werte 1 bis 3, für die Finanzierungsvariable Werte von 1 bis 5 vergeben. Der jeweils höchste (geringste) Wert für die Ausprägung jeder Variablen sollte von den Länderexperten dann vergeben werden, wenn die

seren finanziellen Ausstattung auf als mittel- und osteuropäische Länder.

Politik und Pflegebedürftige ziehen häusliche Pflege vor – aber staatliche Unterstützung variiert stark

Die Klassifizierung 2 legt den Fokus stärker auf die Bedeutung der informellen Pflege sowie deren Unterstützungsmaßnahmen (Tabelle 1). Zu den Unterstützungsmaßnahmen zählen finanzielle Leistungen für informelle Pflegekräfte wie Lohnersatzleistungen, aber auch Beiträge zur Sozialversicherung und Beiträge zur Rentenversicherung sowie sonstige Maßnahmen wie Beratung, Anspruch auf Pflegeurlaub und ähnliches. Auch für diese Klassifizierung konnten vier Cluster ermittelt werden.

Cluster 1, zu dem neben Deutschland auch Belgien, Tschechien und die Slowakei gehören, zeichnet sich durch relativ geringe öffentliche und private Ausgaben für die Pflege bei gleichzeitiger Bevorzugung der informellen Pflege und entsprechender Unterstützungsleistungen für informelle Pflegekräfte aus.

Cluster 2 ist charakterisiert durch Staaten mit einem hoch entwickelten und generösen öffentlichen Pflegesystem. Der Anteil informeller Pflege ist gering, aber die Unterstützung von Pflegekräften ist hoch. Hierzu gehören die Länder Schweden, die Niederlande und Dänemark.

Cluster 3 umfasst Staaten, bei denen die informelle Pflege favorisiert wird, die einen hohen Anteil von privater Finanzierung, aber auch relativ hohe Unterstützungsleistungen für die informelle Pflege aufweisen. Dennoch ist der Anteil öffentlicher Ausgaben insgesamt eher

Interessen der Pflegebedürftigen am meisten (am wenigsten) berücksichtigt sind. Dahinter steht substantiell die Überlegung, dass ein Anspruch auf die notwendigen Leistungen, eine bezahlbare und qualitativ gute Versorgung und die freie Wahl des Anbieters zur Verlässlichkeit der Versorgung und Selbstbestimmtheit beitragen und damit den Interessen der Pflegebedürftigen entsprechen dürften. Im Einzelnen wurden für dieses erste Klassifizierungsverfahren folgende Variablen erhoben:²

- *Einkommensabhängigkeit der Leistungsgewährung:* Ist der Zugang zu öffentlich finanzierten Leistungen der Langzeitpflege einkommensabhängig?
- *Rechtsanspruch auf Leistungsgewährung:* Ist der Anspruch auf Leistungen gesetzlich festgelegt?
- *Art der Leistungsgewährung:* Können die Leistungsberechtigten zwischen Sach- und Geldleistungen wählen?
- *Wahl der Leistungsanbieter:* Hat der Pflegebedürftige die freie Wahl zwischen verschiedenen Anbietern?
- *Qualitätssicherungssystem:* Wird die Qualität der Leistungserbringung verpflichtend kontrolliert?
- *Koordination:* Wie sind die Schnittstellen/Übergänge zwischen Gesundheits-, Sozial- und Pflegesystem geregelt?

² Die Variablen 1) bis 5) können folgende Ausprägungen annehmen: 1 = Nein, 2 = ja, in einem Bereich (institutionelle oder ambulante Pflege), 3 = ja, in beiden Bereichen. – Die Variable 6) kann die Ausprägungen annehmen: 1 = schlecht, 2 = zufriedenstellend, 3 = gut. – Die Variable *Zuzahlungen* kann die Ausprägungen annehmen: 1 = Zuzahlungen in allen Bereichen, 2 = Zuzahlung bei hauswirtschaftlicher Hilfe, 3 = Zuzahlung für institutionelle Pflege. – Die Variable *Öffentliche Ausgaben* wird in die Gruppen 1 bis 5 untergliedert mit 1 = unter 0,5 Prozent bis 5 = über 2 Prozent.

Darüber hinaus wurden zwei Variablen zur Finanzierung einbezogen

- *Zuzahlungen/Eigenleistungen:* Sind sie erforderlich?
- *Öffentliche Ausgaben für Pflegeleistungen:* Wie hoch sind diese in Prozent des Bruttoinlandsprodukts?

Klassifizierung 2:

Fokus auf die informelle Pflege und Finanzierung

Ziel der zweiten Klassifizierung der Pflegesysteme war es, auch die Nutzung der Pflegeleistungen einzubeziehen. Informationen hierzu lagen zwar nur für 14 Staaten vor, dafür können die Variablen jedoch spezifische Zahlenwerte (Anteile in Prozent) annehmen. Nur bei den verschiedenen Arten der Unterstützungsleistungen, die neben finanziellen auch nicht finanzielle Leistungen enthalten, wurde eine Werteskala gebildet, die die Werte 3 bis 8 (mit 8 als bestem Wert) annehmen konnte. Im Ergebnis wurden auch hier vier Cluster identifiziert. Grundlage für die Klassifizierung 2 waren folgende Variablen

- *Öffentliche Pflegeausgaben:* Anteil am Bruttoinlandsprodukt korrigiert mit dem Anteil der 65-Jährigen und Älteren,
- *Private Pflegeausgaben:* Anteil an den Pflegeausgaben,
- *Informelle Pflege:* Anteil der Älteren, die informelle Pflege durch Familienangehörige oder andere Pflegepersonen erhalten an der älteren Bevölkerung (65 Jahre und älter),
- *Unterstützungsleistungen* für informelle Pflegekräfte.

mittelmäßig. Hierzu gehören die Länder Österreich, Finnland, Frankreich, Spanien und England.

Cluster 4 umfasst Staaten mit einem wenig entwickelten formalen Pflegesektor. Die Pflege wird vornehmlich zu Hause durch Familienangehörige oder andere informelle Pflegekräfte geleistet, die kaum vom öffentlichen System unterstützt werden und die finanziellen Lasten vornehmlich alleine tragen müssen. Hierzu gehören Ungarn und Italien.

Obwohl eine Mehrzahl der einbezogenen Mitgliedstaaten die informelle Pflege durch Familienangehörige, Nachbarn oder Freunde/Bekanntes favorisiert (Ausnahmen: Schweden, Niederlande und Dänemark), bestehen deutliche Unterschiede in den gewährten Unterstützungsleistungen familiärer Pflege und in den öffentlichen Pflegeausgaben. In Ungarn und Italien wird Pflege nach wie vor hauptsächlich als Angelegenheit

der Familie angesehen, finanzielle oder andere Unterstützungsleistungen gibt es dafür kaum. Andere Staaten setzen dagegen aktiv Anreize, Pflegebedürftige zu Hause durch Familienangehörige zu pflegen. Am weitesten verbreitet ist die Gewährung von Zuschüssen zu Sozialbeiträgen und zur Rentenversicherung (beispielsweise in Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich), in einigen Ländern werden Lohnzuschüsse/Lohnersatzleistungen gewährt (beispielsweise in Belgien, Tschechien) oder dem Pflegebedürftigen Geldleistungen zur Bezahlung informeller Pflegekräfte zugestanden (beispielsweise in Deutschland, Frankreich). Betrachtet man die öffentlichen Pflegeausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt und bezogen auf die Zahl der 65-Jährigen und Älteren, so ist die Ausstattung neben Dänemark, Finnland und den Niederlanden auch in Österreich, Belgien, Frankreich und Slowenien überdurchschnittlich. Deutschland weist hingegen einen relativ geringen Anteil öffentlicher Pflegeausgaben auf.

Tabelle 1

Ausprägungen der Variablen der Klassifizierung 2

Anteile in Prozent

	Öffentliche Pflege-Ausgaben je Bruttoinlandsprodukt bezogen auf 65-Jährige und Ältere	Private Pflegeausgaben bezogen auf die Gesamtausgaben ¹	Ältere (65+), die informelle Pflege erhalten, bezogen auf alle Älteren	Finanzielle und sonstige Unterstützungsleistungen für informelle Pflege ²
Belgien	0,087	10	28,0	7
Tschechien	0,014	10	27,2	5
Deutschland	0,046	10	17,5	6
Slowakei	0,017	10	5,8	6
Cluster 1	0,041	10	19,6	6
Dänemark	0,112	10	1,1	6
Niederlande	0,146	10	6,7	6
Schweden	0,202	10	13,4	5
Cluster 2	0,153	10	7,1	5,7
Österreich	0,077	30	30,1	6
Finnland	0,111	30	15,1	6
Frankreich	0,086	30	21,4	8
Spanien	0,030	30	17,0	6
England	0,050	30	18,4	5
Cluster 3	0,071	30	20,4	6,2
Ungarn	0,019	30	23,6	3
Italien	0,086	38,5	16,5	3
Cluster 4	0,052	34,3	20,0	3

¹ Jeweils Wert der Klassenmitte (vorgegebene Klassen aufgrund der Datenunsicherheit).

² Die Variable kann Werte zwischen 3 und 8 annehmen, wobei 8 die höchste Unterstützungsleistung symbolisiert.

Quelle: Kraus et al (2010), 34, 55, 56.

© DIW Berlin 2012

Auswahl der Indikatoren entscheidet über Rangfolge der Länder

Die beiden Klassifizierungen beruhen auf unterschiedlichen Variablen und Herangehensweisen. Um die Ergebnisse dennoch miteinander vergleichen zu können, wurden die Cluster der Klassifizierung 2 ein zweites Mal gruppiert. Grundlage dieser zusätzlichen Gruppierung war – wie bei der Klassifizierung 1 – die Sicht der Pflegebedürftigen. Dabei wird unterstellt, dass öffentlich finanzierte Pflegeleistungen gegenüber privat finanzierten bevorzugt werden, und ein gutes formelles Pflegeangebot und ein breites Unterstützungsangebot als attraktiv angesehen werden.⁶ Die Zusammenfassung der Ergebnisse der beiden Ansätze zur Clusterbildung zeigt, dass die zwei unterschiedlichen Klassifizierungen nur für einige Länder zur gleichen Beurteilung des

⁶ Diese Einschätzungen beruhen auf den Ergebnissen des Eurobarometers. European commission (2007). Special Eurobarometer, Health and Long-term care in the European Union. Luxemburg.

Pflegesystems führen (Tabelle 2). Dänemark, die Niederlande und Schweden schneiden aus der Sicht der Pflegebedürftigen bei beiden Ansätzen am besten ab. Am schlechtesten wird Ungarn beurteilt. Für die anderen Länder ergeben sich unterschiedliche Bewertungen. Hierzu gehört auch Deutschland, das beim ersten Ansatz in der besten Gruppe zu finden ist, beim zweiten Ansatz aber in der mittleren Gruppe. Bei dem Vergleich ist jedoch zu beachten, dass insbesondere die meisten Variablen der Klassifizierung 1 lediglich Ja/Nein Antworten zulassen und damit den zugrundeliegenden Sachverhalt nur recht grob erfassen.

Fazit

Wie kann es also sein, dass das deutsche Pflegesystem im EU-Vergleich verhältnismäßig gut abschneidet – obwohl die Finanzierung unterdurchschnittlich ist?

Dass der um den Anteil der Älteren (65 Jahre und älter) korrigierte Anteil der öffentlichen Pflegeausgaben am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland unter dem Durchschnitt der einbezogenen Staaten liegt, ist systembedingt. In Deutschland ist das Risiko Pflege bewusst als Teilkaskoversicherung abgesichert. Lediglich Personen mit zumindest erheblichem Pflegebedarf können Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen.⁷

Hinzuweisen ist auch auf die bislang unzulängliche Einbeziehung des Hilfebedarfs Demenzkranker. Auch dies wirkt sich auf die öffentlichen Ausgaben im Bereich der Pflege aus. In anderen europäischen Ländern wie Dänemark oder Finnland werden Leistungen bereits bei geringfügiger Pflegebedürftigkeit gewährt, oftmals auch, wenn lediglich Hilfe bei den hauswirtschaftlichen Tätigkeiten benötigt wird.⁸

Ein europäischer Vergleich der Gesamtausgaben für die Pflege (also einschließlich der finanziellen Mittel, die von anderen Trägern aufgebracht werden) ist nur eingeschränkt möglich.⁹ Insbesondere die von den privaten Haushalten getragenen Pflegeausgaben sind in allen europäischen Ländern nur unzureichend erfasst. Ein Teil der privaten Ausgaben besteht in den Zuzah-

⁷ Eine ausführliche Darstellung des Pflegesystems in Deutschland enthält Schulz, E. (2010): The Long-term Care System in Germany. DIW Discussion Papers, No. 1039, Berlin, www.diw.de. Seit der Pflegereform 2008 können Demenzkranke einen Betreuungsbeitrag auch dann erhalten, wenn sie ansonsten nicht die Voraussetzung der Pflegestufe I erfüllen.

⁸ Berichte zu den einzelnen Ländern sind unter www.ancien-longtermcare.eu verfügbar. Der Bericht für Dänemark kann zudem von der homepage des DIW Berlin heruntergeladen werden: Schulz, E. (2010): The Long-term Care System in Denmark. DIW Discussion Papers, No. 1038, Berlin.

⁹ Andere Träger sind beispielsweise in Deutschland gemäß der Gesundheitsausgabenrechnung private Versicherungen, private Haushalte und Arbeitgeber. Statistisches Bundesamt: Gesundheitsausgabenrechnung. www.gbe-bund.de

Tabelle 2

Klassifikation 1 und 2 – Beurteilung aus der Sicht der Pflegebedürftigen

	Klassifikation 1		Klassifikation 2	
	Klassifizierungsmerkmale	Rang	Klassifizierungsmerkmale	Rang
Dänemark	Gewährung von Leistungen nicht einkommensabhängig	A	Öffentliche Ausgaben: hoch	A
Niederlande	Es besteht ein Anspruch auf Leistungsgewährung	A	Privater Ausgabenanteil: niedrig	A
Schweden	Es existiert ein Qualitätssicherungssystem Es besteht freie Wahl der Anbieter Gute bis moderate Koordination zwischen den Bereichen Gute finanzielle Ausstattung	A	Formelle öffentliche Pflege: hoch Informelle Pflege: gering Unterstützung informeller Pflege: hoch Geldleistungen: gering	A
Belgien		A	Öffentliche Ausgaben: gering	B bis C
Deutschland		A	Privater Ausgabenanteil: niedrig Formelle öffentliche Pflege: moderat Informelle Pflege: hoch Unterstützung informeller Pflege: hoch Geldleistungen: gering	B bis C
Frankreich		A	Öffentliche Ausgaben: moderat Privater Ausgabenanteil: hoch Formelle öffentliche Pflege: moderat Informelle Pflege: hoch Unterstützung informeller Pflege: hoch Geldleistungen: große Bedeutung	B bis C
Österreich	Gewährung von Leistungen teilweise einkommensabhängig	B	Öffentliche Ausgaben: moderat	B bis C
England	Es besteht zumeist ein Anspruch auf Leistungsgewährung	B	Privater Ausgabenanteil: hoch	B bis C
Finnland	Geldleistungen werden gewährt	B	Formelle öffentliche Pflege: moderat	B bis C
Spanien	Qualitätssicherungssystem unterschiedlich ausgeprägt Es besteht oftmals freie Wahl der Anbieter Gute bis moderate Koordination zwischen den Bereichen	B	Informelle Pflege: hoch Unterstützung informeller Pflege: hoch Geldleistungen: große Bedeutung	B bis C
Italien	Moderate finanzielle Ausstattung	B	Öffentliche Ausgaben: gering	D
Lettland		B	Privater Ausgabenanteil: hoch	
Slowenien		B	Formelle öffentliche Pflege: gering Informelle Pflege: hoch Unterstützung informeller Pflege: gering Geldleistungen: moderat	
Tschechien	Gewährung von Leistungen nicht einkommensabhängig (wie A)	C	Öffentliche Ausgaben: gering	B bis C
Slowakei	Es besteht ein Anspruch auf Leistungsgewährung (wie A)	C	Privater Ausgabenanteil: niedrig	B bis C
Estland	Es existiert ein Qualitätssicherungssystem (wie A)	C	Formelle öffentliche Pflege: moderat	
Bulgarien	Es besteht freie Wahl der Anbieter (wie A) Geringe, schlechte Koordination zwischen den Bereichen Geldleistungsgewährung eingeschränkt möglich Geringe finanzielle Ausstattung	C	Informelle Pflege: hoch Unterstützung informeller Pflege: hoch Geldleistungen: gering	
Ungarn	Einkommensabhängigkeit von Leistungsgewährung (außer Ungarn)	D	Öffentliche Ausgaben: gering	D
Litauen	Anspruch auf Leistungsgewährung (außer Rumänien)	D	Privater Ausgabenanteil: hoch	
Polen	Qualitätssicherung eher schlecht	D	Formelle öffentliche Pflege: gering	
Rumänien	Es besteht freie Wahl der Anbieter (wie A) Schlechte, keine Koordination zwischen den Bereichen Keine oder eingeschränkte Geldleistungsgewährung Geringe finanzielle Ausstattung	D	Informelle Pflege: hoch Unterstützung informeller Pflege: gering Geldleistungen: moderat	

Quellen: Kraus et al. (2010); Zusammenstellung des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

lungen zu ambulanten und stationären Pflegeleistungen. Die Klassifizierung 1 bezieht solche Zuzahlungen zwar ein, es konnte jedoch lediglich erfasst werden, ob Zuzahlungen notwendig sind, für die genaue Höhe fehlten für viele Länder entsprechende Angaben.

Einen Hinweis auf deutliche Unterschiede in der Höhe der Zuzahlungen zwischen einigen europäischen Ländern gibt die Gesundheitsausgabenrechnung. Hier nach geben beispielsweise die privaten Haushalte in Belgien 340 Million (32 Euro je Einwohner), in Spanien 2,7 Milliarden (59 Euro je Einwohner) und in Frankreich

140 Millionen (zwei Euro je Einwohner) für Pflegeleistungen aus.¹⁰ In Deutschland werden von den privaten Haushalten rund neun Milliarden (109 Euro je Einwohner) für Pflegeleistungen ausgegeben.¹¹ Damit liegt Deutschland in den erfassten privaten Pflegeausgaben deutlich über denen der anderen Länder. Der größte Anteil wird in Deutschland für die von der Pflegeversicherung nicht abgedeckte Verpflegung und Unterkunft in Pflegeheimen aufgebracht.¹² Hinzu kommen die Ausgaben für Pflegeleistungen in Heimen, die über den Pflegeätzen der Pflegeversicherung liegen, sowie die Beiträge zu den Investitionskosten der Pflegeheime.¹³ Insgesamt beträgt der Eigenkostenanteil rund 55 Prozent.

Umfrageergebnisse zeigen, dass Pflegebedürftige in fast allen europäischen Ländern so lange wie möglich zu Hause in ihrer gewohnten Umgebung betreut wer-

den wollen. Favorisiert wird hier (mit Ausnahme der nordischen Staaten) die informelle Pflege durch Familienangehörige oder Freunde.¹⁴ Auch deshalb sind viele Pflegesysteme in Europa, auch in Deutschland, mehr oder weniger zentriert auf die familiäre Pflege. Der Anteil der 65-Jährigen und Älteren, die Hilfe und Pflege durch Familienangehörige oder Freunde erhalten, beträgt in Deutschland rund 17,5 Prozent, während er beispielsweise in Österreich bei 30 Prozent und in Belgien bei 28 Prozent liegt. Deutschland liegt hier also eher im Mittelfeld. Von den 2,8 Millionen Personen, die in Deutschland Hilfe und Pflege durch Familienangehörige und Freunde erhalten, beziehen jedoch rund 750 000 Geldleistungen von der Pflegeversicherung. Zusätzlich werden pflegende Familienangehörige durch Beratung und andere Leistungen unterstützt. Deshalb ist auch hier die Position Deutschlands innerhalb der betrachteten Mitgliedstaaten recht gut.

Festzuhalten bleibt, dass die Absicherung des Risikos Pflege durch eine Teilkaskoversicherung aus der Sicht der Pflegebedürftigen nicht vorteilhaft, aber die Ausgestaltung des Pflegesystems im Vergleich zu anderen europäischen Ländern gut ist. Insbesondere die Organisation, die freie Wahl der ambulanten Dienste und Pflegeheime sowie der politisch hohe Stellenwert der Qualitätssicherung und die gewährten Unterstützungen informeller Pflegekräfte sind hier hervorzuheben.

10 Daten des Systems of Health Accounts: Selbstzahlungen der privaten Haushalte 2009. Eurostat, epp.eurostat.ec.europa.eu/.../public-health.

11 Statistisches Bundesamt: Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsausgabenrechnung 2009. www.gbe-bund.de

12 Sie betragen im Jahr 2009 durchschnittlich 617 Euro pro Monat und Pflegebedürftigen. Statistisches Bundesamt: Pflegestatistik. www.gbe-bund.de

13 Nach der Pflegestatistik betragen im Jahr 2009 die durchschnittlichen Kosten für Pflegeleistungen je nach Pflegestufe 1 362 Euro (Pflegestufe I) bis 2 249 Euro (Pflegestufe III) pro Monat. Die Pflegeversicherung erstattet aber nur Leistungen bis zu 1 023 (Pflegestufe I), 1 279 (II) beziehungsweise 1 470 Euro (III). Die darüber hinausgehenden Beträge sind vom Pflegebedürftigen selbst aufzubringen. Hinzu kommen die Beiträge zu den Investitionskosten, durchschnittlich rund 411 Euro. Vgl. Statistisches Bundesamt (2012): Gesundheitsberichterstattung, Pflegestatistik; sowie Bundesministerium für Gesundheit: 5. Bericht zur Entwicklung der Pflegeversicherung. Berlin 2012.

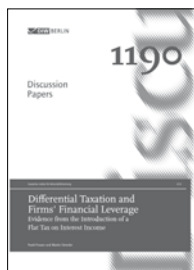
14 Ergebnisse des Eurobarometer, a.a.O.

Erika Schulz ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Staat | eschulz@diw.de

JEL: I12

Keywords: Long-term care systems

Discussion Papers Nr. 1190/2012
Frank M. Fossen and Martin Simmler

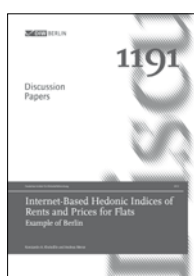


Differential Taxation and Firms' Financial Leverage: Evidence from the Introduction of a Flat Tax on Interest Income

Tax competition for the mobile factor capital has led to a trend in many countries to levy lower taxes on interest income, often introducing differential taxation between interest and business income. In this study, we analyze the effect of such differential taxation on the debt ratio of firms. We exploit a 2009 tax reform in Germany as a quasi-experiment, which introduced a flat final withholding tax and opened a gap of 18 percentage points between the tax rate on income from unincorporated businesses and the new lower tax rate on interest income. We apply a regression adjusted semi-parametric difference-in-difference matching strategy based on firm level panel data. In addition, we implement a more structural approach with a tax rate differential, taking into account its endogeneity by using instrumental variables. The results indicate that firms increase their leverage when the tax rate on interest income decreases, albeit to a small degree.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1191/2012
Konstantin A. Kholodilin and Andreas Mense

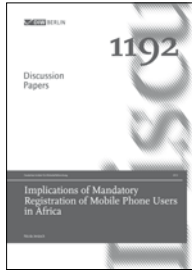


Internet-Based Hedonic Indices of Rents and Prices for Flats: Example of Berlin

In this paper, we suggest to estimate the home rents and prices in German regions/cities using the data from Internet ads offering the housing for rent and sale. Given the richness of information contained in the ads, we are able to construct the quality-adjusted rent and price indices using the hedonic approach. The results can be applied both for investigating the dynamics of rents/prices and for examining their distribution by city districts or regions.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1192/2012
Nicola Jentzsch

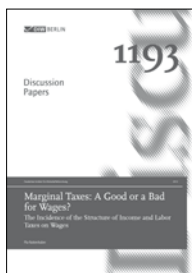


Implications of Mandatory Registration of Mobile Phone Users in Africa

Sub-Saharan Africa ranks among the top regions in terms of growth in the number of mobile phone users. The success of mobile telephony is attributed to the opening of markets for private players and lenient regulatory policy. However, markets may be increasingly saturated and new regulations introduced across Africa could also have a negative impact on future growth. Since 2006, the majority of countries in the region have introduced mandatory registration of users of prepaid SIM cards with their personal identity details. This potentially increases the costs of using mobile telephony. I present a fixed effects model for the estimation of the impact of mandatory registration on mobile penetration growth, which is based upon a panel dataset of 32 countries in Sub-Saharan Africa for the years 2000 to 2010. The results show that the introduction of mandatory registration depresses growth in mobile penetration.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1193/2012
Pia Rattenhuber

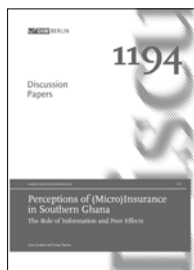


Marginal Taxes: A Good or a Bad for Wages? The Incidence of the Structure of Income and Labor Taxes on Wages

Empirical evidence so far found ambiguous results for the direction of effect of marginal income tax rates on employee remuneration. Based on the GSOEP data from 2002 through 2008 this study analyzes the impact of the marginal tax load on the employee side on the wage rate also allowing average tax rates and employer payroll taxes to play a role. Instrumental variable estimation based on counterfactual tax rates simulated in a highly detailed microsimulation model (STSM) heals the endogeneity problem of the tax variables with regard to wages. Estimations in first differences show that marginal taxes overall have a negative impact on wages. But this effect is not uniform along the wage distribution; while the negative effect of marginal tax rates prevails in the lower part of the distribution, observations beyond the median benefit from higher tax rates at the margin.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1194/2012
Lena Giesbert and Susan Steiner

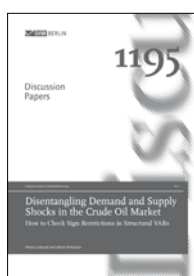


Perceptions of (Micro)Insurance in Southern Ghana: The Role of Information and Peer Effects

This article investigates the understandings and perceptions of (micro)insurance among low-income people in southern Ghana, using evidence from four focus group discussions. It analyzes how the focus group participants think about various types of insurance - among them a micro life insurance product - and how their negative and/or positive evaluations have come about. The evidence indicates that (micro)insurance is mostly positively perceived by the participants of the focus group discussions. However, it is also found that many people's image of insurance is based on incomplete (and sometimes erroneous) information, or even on intuition. In addition, the experiences or opinions of peers turn out to be critical in shaping an individual's perception of insurance. These two factors potentially have a contagious effect, which can lead to unreasonably positive or overly negative ideas about (micro)insurance. Such ideas, in turn, can become detrimental to the further distribution of microinsurance.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere

Discussion Papers Nr. 1195/2012
Helmut Lütkepohl and Aleksei Netsunajev



Disentangling Demand and Supply Shocks in the Crude Oil Market: How to Check Sign Restrictions in Structural VARs

Given the growing dissatisfaction with exclusion and long-run restrictions in structural vector autoregressive analysis, sign restrictions are becoming increasingly popular. So far there are no techniques for validating the shocks identified via such restrictions. Although in an ideal setting the sign restrictions specify shocks of interest, sign restrictions may be invalidated by measurement errors, data adjustments or omitted variables. We model changes in the volatility of the shocks via a Markov switching (MS) mechanism and use this device to give the data a chance to object to sign restrictions. The approach is illustrated by considering a small model for the market of crude oil.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Prof. Dr. Alexander Kritikos ist Forschungsdirektor am DIW Berlin und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Potsdam.

Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Eine Rückkehr zur Drachme wird Griechenlands Probleme nicht lösen

Unter europäischen Politikern gibt es Stimmen, die Griechenland einen Austritt aus der Eurozone nahelegen. Begründung: Griechenland liege wirtschaftlich am Boden. Die Chancen, sich zu regenerieren und wettbewerbsfähig zu werden, seien außerhalb des Euroraums größer. So richtig die Diagnose über den wirtschaftlichen Zustand des Landes ist, so fragwürdig ist der Therapieverschlagn. Griechenland hat nicht in erster Linie ein Kostenproblem, sondern ein Strukturproblem und darüber hinaus ein Werteproblem im Umgang mit dem eigenen Staat. Eine Rückkehr zur Drachme löst allenfalls das Kostenproblem, bei der Lösung der beiden anderen Probleme kann aber der Euro eher helfen.

Stichwort Wettbewerbsfähigkeit: National zeichnet sich Griechenland durch viele geschlossene Märkte mit eingeschränktem Wettbewerb aus. International produziert das Land derzeit kaum wettbewerbsfähige Güter oder Dienstleistungen. In erster Linie sorgt der Tourismus für Einnahmen aus dem Ausland. Die Drachme dürfte da kaum *mehr* Wachstumspotentiale freisetzen als der Euro.

Die Troika aus Europäischer Union, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Zentralbank drängt nun auf wirtschaftliche Dynamik, auf die Öffnung der nationalen Märkte. Um international wettbewerbsfähige Industrien anzusiedeln, braucht Griechenland allerdings externe Unterstützung. Die EU wird Investitionsmittel zur Entwicklung einer Wachstumsstrategie für das Land bereitstellen müssen. Mit diesen Mitteln gilt es, eine schlüssige Innovationspolitik und ein funktionierendes regionales Innovationssystem zu gestalten. Ginge nun Griechenland aus dem Euro heraus, blieben wohl die nationalen Märkte geschlossen und die verkrusteten Strukturen erhalten, die bislang Ansätze der Innovationspolitik zu verhindern suchten. Ein Verbleib im Euroraum erlaubt es dagegen der Troika, die Reformkräfte in Griechenland bei der Öffnung dieser Märkte und bei der Umsetzung einer Innovationspolitik zu unterstützen.

Stichwort Reformen: In den letzten Monaten wurde deutlich, dass es in Griechenland zu viele Beamte gibt, dass Politiker nicht das Wohl des Landes im Auge haben und die Steuermoral der Selbständigen verheerend ist. Die Zustandsbeschreibung trifft auch schon auf die Zeit der Drachme zu. Soll sich etwas ändern, ist dies nur mit Hilfe massiver ausländischer Unterstützung auf der politischen, wirtschaftlichen und technischen Ebene möglich.

In der aktuellen Krise besteht die Chance für einen solchen Wandel – aber nur dann, wenn Griechenland im Euroraum verbleibt und die griechischen Reformkräfte mit Unterstützung der Troika den Staatsapparat reformieren. Bei einem Austritt Griechenlands aus dem Euro dürften die Reformen zum Erliegen kommen.

Es gibt weitere Gründe für die Beibehaltung Griechenlands im Euroraum. Man denke aber auch an die Folgen eines Austritts für die EU selbst – etwa an die dann notwendige Abschreibung der griechischen Staatsanleihen, die mit Drachmen weitaus weniger bedient würden. Oder die Gefahr des Dominoeffekts, wenn die Spekulation über den Austritt weiterer krisengebeutelter Länder aus dem Euroraum befeuert würde.

Eine Rückkehr zur Drachme wird Griechenlands Probleme kaum lösen. Die jetzige Krise muss daher als Chance begriffen werden, wenn Griechenland im Euroraum verbleibt und die Troika gemeinsam mit den Reformkräften in Griechenland die notwendige Transformation umsetzt. Für Griechenland ist der bisher eingeschlagene Mittelweg des Verbleibs im Euroraum ohne Reformen beendet. Entscheiden sich die Griechen für den Euro mit Reformen, werden sie zu einem Mentalitätswechsel im Umgang mit ihrem Staat bereit sein müssen, der nicht mehr als Alimentationssystem sondern als Basis für produktive Investitionen gesehen werden muss. Das ist die Wahl, die Griechenland hat: ein modernes, sich neu erfindendes Land im Euroraum oder zurück zur Drachme unter Beibehaltung der alten Strukturen.